

## **Motion Fraktion FDP (Barbara Freiburghaus): Nachbessern des Leistungsvertrages: Eskalationskaskade und temporäre Schliessung vorsehen**

Mit den Ausschreitungen in der Nacht von Samstag auf Sonntag, 5./6. März 2016, vor der Reithalle mit elf verletzten Polizisten ist eine neue Dimension um die Sicherheitsprobleme erreicht worden. Die Stadt als Vermieterin und Eigentümerin der Liegenschaft kann nicht weiter nur zusehen, was jeweils und insbesondere am Wochenende abläuft.

Eine Sistierung der neuen Leistungsverträge kann nicht die alleinige Lösung der Probleme sein. Es scheint, dass der Gemeinderat keine Strategie hat und von Fall zu Fall zwar über die Ereignisse diskutiert, aber auf keine klaren und nachhaltigen Richtlinien zurückgreifen kann. Eine Nachbesserung des Leistungsvertrages mit den Reithallebetreibern ist somit nötig.

Mit der Erarbeitung eines Konzepts bei Eskalationen resp. einer Kaskadenkette von Massnahmen wäre es sowohl den Betreibern wie auch der Bevölkerung möglich nachzuvollziehen, was welche Konsequenzen hätte. Darunter ist unserer Meinung nach auch eine temporäre (teilweise oder vollständig) Schliessung der Reithalle als Massnahme aufzunehmen. Selbst der Regierungsstatthalter hat früher schon die Massnahme der temporären Schliessung des Vorplatzes aufgenommen. Und auch Stadtpräsident Alexander Tschäppät hat eine Schliessung als ultima ratio nicht ausgeschlossen in seinem Interview mit der BZ nach dem letzten Wochenende.

Die Fraktion der FDP stellt an den Gemeinderat folgende Forderungen:

1. Der Gemeinderat erarbeitet ein Konzept der Eskalation als Reaktion auf Vertragsverletzungen oder Vorkommnisse gegenüber der Sicherheit und legt es der zuständigen Kommission des Stadtrates vor.
2. Temporäre Schliessung (teilweise oder vollständige) ist Bestandteil der Eskalation, wenn die anderen Mittel nicht greifen.
3. Bestimmungen zur Eskalation inklusive temporären Schliessung sind Teil der nachgebesserten Leistungsverträge.

Bern, 10. März 2016

*Erstunterzeichnende: Barbara Freiburghaus*

*Mitunterzeichnende: Dannie Jost, Jacqueline Gafner Wasem, Alexandra Thalhammer, Christoph Zimmerli*

### **Antwort des Gemeinderats**

Der Gemeinderat hat nach den Ausschreitungen im Umfeld der Reitschule vom 5./6. März 2016 die parlamentarische Behandlung des Kreditgeschäfts zum Leistungsvertrag 2016 - 2019 mit der IKuR sistieren lassen.

Die nach den Vorfällen geführten Gespräche mit dem Regierungsstatthalteramt (RSA), der Kantonspolizei und den Stadtvertretern förderten Schwachstellen im Zusammenhang mit dem Sicherheitskonzept der Reitschule zu Tage. Auf der formalen Ebene ist das Sicherheitskonzept, das mit den Sicherheitskonzepten der Clubs an der Aarberggasse vergleichbar ist und bereits heute als integrierender Bestandteil der Betriebsbewilligung gültig ist, tauglich. Hingegen fehlten konkrete, für die Sicherheit relevante Umsetzungsbestimmungen.

Im Rahmen der Stadtgespräche unter der Leitung des Stadtpräsidenten wurde dieser Mangel beseitigt. Die Teilnehmenden an den Stadtgesprächen einigten sich einvernehmlich auf eine Zusatz-

vereinbarung zum Sicherheitskonzept. Sie stipuliert die Pflichten der IKuR bezüglich Aus- und Weiterbildung der Security-Mitarbeitenden der Reitschule und enthält Aussagen zu Evakuationsübungen und zur Dachsicherung. Insbesondere sind die mit den Kontrollen beauftragten städtischen und kantonalen (RSA) Organe mit der vorliegenden Lösung einverstanden.

Die Zusatzvereinbarung wurde dem Stadtrat mit der Beantwortung der Dringlichen Motion Fraktion FDP (Christoph Zimmerli): Nachbessern des Leistungsvertrags mit der Reitschule zur Kenntnis gebracht. In der Folge wurde diese Dringliche Motion am 26. Mai 2016 vom Stadtrat abgelehnt. In der gleichen Sitzung genehmigte der Stadtrat den Verpflichtungskredit für den Leistungsvertrag mit der IKuR für die Jahre 2016 bis 2019. Damit erwuchs dem neuen Leistungsvertrag die Rechtskraft. Eine Nachbesserung des nun rechtskräftigen Leistungsvertrags ist somit obsolet.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 21. September 2016

Der Gemeinderat